

agah

Landesausländerbeirat

Arbeitsgemeinschaft der
Ausländerbeiräte Hessen-
Landesausländerbeirat

Kaiser-Friedrich-Ring 31
65185 Wiesbaden

Tel: 0611/ 98 99 5-0
Fax: 0611/ 98 99 5-18

agah@agah-hessen.de
www.agah-hessen.de

Hessischer Landtag
Enquetekommission
Migration und Integration in Hessen
Postfach 3240
65022 Wiesbaden

**Enquetekommission "Migration und Integration in Hessen" (EKM) –
Sitzung 04. Mai 2012
Anhörung zu den Themen „Außerschulische Jugendarbeit“; „Internet“**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Banzer,

wir bedanken uns für die Möglichkeit, zu den Fragenkatalogen „außerschulische Jugendarbeit“ und „Internet“ Ausführungen zu machen. Gern nehmen wir zu den Fragenkatalogen Stellung, wobei die Fragen teilweise im inhaltlichen Zusammenhang und nicht in der vorgegebenen Reihenfolge beantwortet wurden.

Fragenkatalog zum Thema „Außerschulische Jugendarbeit“:

1. Welche Formen der außerschulischen Jugendarbeit gibt es in Hessen im Bereich Integration und Migration?

Die Angebote in diesem Bereich sind vielfältig. Angebote sind in den Programmen unterschiedlicher Träger/innen enthalten (darunter die AWO, Kirchen und freie Träger/innen, der hessische Jugendring und der Internationale Bund (IB)).

2. Welchen Beitrag kann außerschulische Jugendarbeit zur Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund leisten?

6. Wie bewerten Sie die interkulturelle Öffnung der außerschulischen Jugendarbeit?

Außerschulische Jugendarbeit (in ihren vielfältigen Formen) bietet jungen Menschen, unabhängig eines Migrationsattributes, Raum für die Entwicklung und Förderung insbesondere sozialer Kompetenzen und das Erkennen von Fähigkeiten und Interessen. Der Kontakt zur peer-group im Rahmen der außerschulischen Jugendarbeit ermöglicht die gesellschaftliche Teilhabe aller sozialer Gruppen.

Die Stärken außerschulischer Jugendarbeit liegen mithin besonders in der Zusammenkunft von Individuen, die von- und miteinander lernen. Die migrations-/integrationsspezifischen Angebote der Träger im Bereich Jugendarbeit/Jugendhilfe setzen jedoch (oft) problemorientiert an. Damit anerkennen sie zwar die vielfältigen Missstände. Spezielle Angebote für Migrant/innen lassen jedoch leicht den Eindruck einer defizitären Zielgruppe entstehen. Im Fokus steht dann nicht die klassische Jugendarbeit mit Freizeit- und Bildungsangeboten (wie beispielsweise Ferienfreizeiten und Hobbygruppen) sondern eine problemlösungsorientierte, integrationswirksame Herangehensweise mit Beratung und Bildungsangeboten.

Die Wahrnehmung einer pluralistischen Gesellschaft im Kindes- und Jugendalter stärkt die Akzeptanz interkultureller Vielfalt. Hingegen erscheint das Auslassen der Zuschreibung "Angebot für Migrant/innen" sinnhaft.

3. Welche Chancen und Vorteile bietet die außerschulische Jugendarbeit gegenüber der schulischen Bildungs- und Jugendarbeit?

Die agah hat sich in der Anhörung zur Sitzung der EKM zum Thema „Bildung“ dafür ausgesprochen, interkulturelle Aspekte und Qualifikationen verstärkt zu einem verbindlichen Bestandteil der Lehrer/innen und Erzieher/innenausbildung werden zu lassen. Der Anteil von Pädagogen mit Migrationshintergrund bzw. Erzieher/innen mit Migrationshintergrund an Schulen bzw. in vorschulischen Einrichtungen ist zu erhöhen. Damit ließe sich die Integrationskraft dieser Bildungsorte stärken und erhöhen. Gelten diese Überlegungen für die schulische Bildungs- und Jugendarbeit, müssen sie entsprechend auch in der außerschulischen Jugendarbeit einfließen.

4. Inwieweit können die Bildungschancen von Jugendlichen mit Migrationshintergrund durch außerschulische Jugendarbeit erhöht werden?

Der Austausch mit anderen Jugendlichen, die Unterstützung durch junge Erwachsene und auch Sozialpädagog/innen mündet nicht selten in der Reflektion schulischer Problemfelder und Lösungswegen. Die außerschulische Jugendarbeit kann damit dazu beitragen, den schulischen Erfolg zu verbessern.

Für eine Verbesserung der beruflichen Bildungschancen von Jugendlichen mit Migrationshintergrund bedarf es jedoch weiterführender Maßnahmen, wie einer gezielten und landesweiten Bildungsoffensive. Dort, wo Land und Kommunen als Arbeitgeber fungieren, gehen sie mit gutem Beispiel voran und erhöhen signifikant den Anteil von Auszubildenden und Erwerbstätigen mit Migrationshintergrund.

Zu fordern ist aus Sicht der agah eine verstärkte Landesförderung der interkulturellen Jugendbildungs- und Kulturarbeit. Sie ist ein probates Mittel zur Entwicklung und Fortführung des Dialogs zwischen Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund. So lässt sich fremdenfeindlichen und rechtsextremistischen Tendenzen schon frühzeitig entgegenwirken.

5. Welchen Stellenwert nehmen Rollenverteilung und Geschlechterbilder in der außerschulischen Jugendarbeit ein?

Nach wie vor existiert trotz verfassungsrechtlicher Gleichstellung, Schutz durch das allgemeine Gleichbehandlungsgesetz, spezielle Beauftragte und Frauenquoten eine soziale und wirtschaftliche Ungleichbehandlung von Frauen und Männern. Frauen mit Migrationshintergrund sind davon mitunter noch stärker betroffen. Es sind spezielle Aktivitäten nötig, um die persönliche, gesellschaftliche und ökonomische Gleichstellung von Mädchen und Frauen mit Migrationshintergrund voranzubringen.

Soweit uns bekannt ist, werden in der außerschulischen Jugendarbeit häufig geschlechterindividuelle Angebote gemacht. Dies kann einerseits die adoleszente Phase der Abgrenzung und persönlichen Entwicklung durch den Austausch mit anderen aus der derselben Geschlechtergruppe stärken. Andererseits besteht die Gefahr, durch Stereotypisierungen überzogene Geschlechterbilder zu entwickeln.

Um die Verbesserung der Lebenssituation von Frauen und Mädchen mit Migrationshintergrund zu unterstützen, sollte bereits bei der Berufswahl angesetzt werden. Jugendliche konzentrieren sich bei der Berufswahl oftmals auf nur wenige, gut bekannte Berufsbilder, so dass Aktivitäten zur Förderung junger Frauen mit Migrationshintergrund sinnvoll und notwendig sind.

Dazu zählen Angebote zur außerschulischen bzw. außerbetrieblichen Qualifizierung von Mädchen und jungen Frauen mit Migrationshintergrund durch geeignete, bedarfsgerechte Maßnahmen und Projekte (etwa Umschulungsmaßnahmen, Bewerbungstrainings, Computerkurse). Dies kommt ihnen auch bei der Beschäftigung sowie Aus- und Weiterbildung zugute.

In der außerschulischen Jugendarbeit sollte eine frühzeitige, qualifizierte und differenzierte Berufsberatung von Mädchen und jungen Frauen mit Migrationshintergrund – ggf. in den Sprachen der Herkunftsländer - einen festen Platz finden. Wichtig ist dabei, dass es sich um niederschwellige Angebote handelt, die allen Gruppen offen stehen und eine Einbeziehung der Eltern stattfindet.

Insoweit ist auch auf die Ausführungen der agah in der Anhörung zur Sitzung der EKM am 28.01.11 hinzuweisen.

7. Inwieweit ist die Vernetzung von Jugendarbeit und Integrationsarbeit notwendig und gelungen?

Kinder und Jugendliche sind die Zukunftsträger einer jeden Gesellschaft. Ihr Stellenwert innerhalb der gesellschaftlichen Entwicklungsprozesse wird jedoch oftmals noch nicht ausreichend wahrgenommen. Eine auf die Erwachsenenwelt zentrierte Politik wird der tatsächlichen Bedeutung von Kindern und Jugendlichen nur selten gerecht.

Wie für die gesamte Bundesrepublik, so gilt auch für Hessen, dass die Zahl von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund - bei allgemein sinkenden Geburtenzahlen - tendenziell zunimmt. Die demographische Entwicklung prognostiziert bis zum Jahr 2020 in Hessen Bevölkerungswachstum im Süden und Schrumpfung im Norden. Die Zahl der alten Menschen nimmt zu, es gibt weniger Kinder und Jugendliche und der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund an der Bevölkerung steigt. Es entstammen bereits gut ein Drittel der in Hessen lebenden unter 12-jährigen Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund, neu zugewanderten Familien oder binationalen Ehen und Partnerschaften.

Kinder- und Familienpolitik, die sich an der Lebenswirklichkeit orientiert, muss dies beachten. Hieraus erwachsen besondere Herausforderungen, die zukünftig einer noch viel stärkeren Hinwendung bedürfen. Nur so lassen sich Fehlentwicklungen schon frühzeitig vermeiden, die ansonsten zu einem späteren Zeitpunkt „ressourcenintensiv“ behoben werden müssten.

Eine dieser Herausforderungen ist die Frage nach dem Rahmen, der vorhanden sein muss, damit alle Kinder und Jugendlichen gleichermaßen und unabhängig von Herkunft und Status ihre individuellen Entwicklungsmöglichkeiten wahrnehmen können – ohne Gefahr laufen zu müssen, (schon frühzeitig) ausgegrenzt und benachteiligt zu werden, wobei die außerschulischen Jugendarbeit als ein Teil des Rahmens wirkt.

Erforderlich ist zum einen eine ganzheitliche Betrachtung der Kinder- und Jugendpolitik und eine enge Verzahnung mit anderen Politikbereichen (z.B. Schul- und Bildungspolitik, Arbeitsmarktpolitik, etc.). Dies würde dem natürlichen, altersbedingten Entwicklungsprozess der Kinder und Jugendlichen entsprechen und andererseits eine Politik „aus einem Guss“ ermöglichen.

Notwendig ist andererseits auch eine Kinder- und Jugendpolitik, die soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit zur Leitmaxime erklärt und sich nicht auf das Bekämpfen von Symptomen beschränkt. Die zukünftige Politik sollte Schluss machen mit der Trias aus mangelnder individueller Förderung, frühzeitiger Auslese und sozialer Ausgrenzung. Dies hat in der Vergangenheit ausschließlich dazu geführt, dass (gesellschaftliche) Ungleichheiten entstanden, fortbestanden oder aber weiter zunahmen. Dazu gehört auch der Ausbau der Kompetenzen des Landesjugendhilfeausschusses. Ferner ist darauf zu achten, dass die Landespolitik dem Gremium Landesjugendhilfeausschuss stärkere Beachtung schenkt und den Empfehlungen des Landesjugendhilfeausschusses nachkommt. Die Organisationsstruktur und die Befugnisse des Jugendhilfeausschusses sollten einer kritischen Überprüfung unterzogen werden, damit das Gremium nicht Gefahr läuft, zum „zahnlosen Tiger“ zu werden.

Bildung und Schule sind für alle Kinder und Jugendlichen wichtige Bausteine in ihrer individuellen Entwicklung und Sozialisation. Beide Faktoren haben heute mehr denn je Einfluss auf den individuellen Lebensweg und die Teilhabe am späteren gesellschaftlichen Leben. Bildung, Fertigungs- und Wissensvermittlung sollten ineinandergreifen.

8. Wie bewerten Sie die Förderung und Ausstattung der außerschulischen Jugendarbeit im Bereich Integration in Hessen?

Die agah hat sich im Aktionsprogramm „Integration“ 2009 bis 2014 für eine stärkere Verpflichtung des Landes, seiner Verantwortung im Bereich der Jugendbildung und der Jugendarbeit nachzukommen, eingesetzt. Dies bedingt auch eine Ausweitung der Aufwendungen für die kommunale Jugendarbeit. Investitionen in die Infrastruktur (Jugendhäuser, Jugendzentren, etc.) und in qualifiziertes Personal (z.B. Sozialarbeiter, Jugendbetreuer, etc. - auch mit Migrationshintergrund) sind unabdingbar. Der Verkauf der landeseigenen Jugendbildungseinrichtungen (Zierenberg/Dörnberg und Dietzenbach) sind rückgängig zu machen.

Ferner sollten Selbst-Organisationen der Menschen mit Migrationshintergrund als Träger der Jugendhilfe anerkannt werden, wenn die entsprechenden Voraussetzungen dafür von ihnen erfüllt werden.

9. Welche Erfahrungen haben Sie mit Menschen mit Migrationshintergrund in den Verbänden gemacht?

Bürgerschaftliches Engagement von Menschen mit Migrationshintergrund und deren gleichberechtigte Teilhabe an Entscheidungs- und Gestaltungsprozessen in den unterschiedlichen

ten Bereichen des sozialen und politischen Lebens sind ein wichtiges Element gegen gesellschaftliche Ausgrenzung und dienen der Sicherstellung von Gleichberechtigung und Gleichbehandlung.

Obwohl Menschen mit Migrationshintergrund bereits jetzt einen großen Teil der hessischen Bevölkerung ausmachen und sie in vielen Vereinen und Verbänden aktiv sind, sind sie etwa im Bereich der leitenden und repräsentativen Funktionen (Funktionärssebene) unterrepräsentiert. Insbesondere dort sind sie nicht in dem Umfang vertreten, der ihrem Bevölkerungsanteil entspricht.

Grundsätzlich ist hinsichtlich der Beteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund in Verbänden auf die Ausführungen der agah in der Anhörung zur Sitzung der EKM am 09.09.11 zu verweisen. Herausgestellt werden soll dennoch, dass für die Ausländerbeiräte als Gremien der Selbstorganisation in Hessen gilt, dass ihr Beitrag zur Integration herausragend ist und in viele Bereiche hineingewirkt hat. Dies zeigt die Langzeitbeobachtung.

Durch die gesetzliche Verankerung wurden viele erstmals überhaupt gezwungen, sich mit den Belangen der Menschen mit Migrationshintergrund auseinanderzusetzen. Politik muss sie in Zukunft stärker fördern. Ihre Einbeziehung in die Gestaltung der Politik ist unumgänglich.

Die Stärkung und Förderung von Selbstorganisationen der Migrant/innen verlangt ein Landesprogramm zur Förderung und Unterstützung von Migrantenselbstorganisationen (u. a. Förderung von professionellen Strukturen, z. B. Qualifizierungsreihe zum Vereinsmanagement und Organisationsentwicklung, Förderung der Bildungsarbeit in den Migrantengemeinschaften), die Verankerung der Vernetzung von Migrantenorganisationen mit anderen Vereinen, Verbänden und Organisationen sowie deren interkulturelle Öffnung als Förderkriterium in den Landesprogrammen und die Einrichtung und Förderung einer regelmäßigen tagenden „Migrantplattform“ in Kooperation mit der agah, zu der alle landesweit arbeitenden Migrantengemeinschaften geladen werden.

Fragenkatalog zum Thema „Internet“:

1. Gibt es Unterschiede in der Nutzung des Internets durch Personen mit oder ohne Migrationshintergrund, und gibt es Veränderungen bei der Nutzung zwischen der ersten, zweiten und der dritten – eher netzaffinen – Generation?

3. Wie lässt sich das allgemeine gesellschaftliche Integrationspotential des Internet einschätzen? Welche Bedeutung hat das Internet als „virtuelle Diaspora“ in Einwanderungssituationen?

Vorab ist darauf hinzuweisen, dass die Einschätzungen zu allen Fragestellungen dieses Abschnitts auf den Berichten und den Erfahrungswerten beruhen, von der die agah Kenntnis erlangt. Eine umfassende Untersuchung zu diesem Themenkomplex hat die agah bisher nicht durchgeführt.

Die sogenannte „erste Generation“ von Zuwandere/innen nutzt das Internet wenig. Hingegen stehen gerade jüngere Migrant/innen Social Networks wie Facebook, Twitter, etc. und Blogs sehr interessiert gegenüber und nutzen sie intensiv. Hierüber kommunizieren sie auch mit Verwandten und Freund/innen in den Heimatländern, über die Grenzen von Deutschland und Europa hinweg. Diese spielt eine ganz wesentliche Rolle beim Nutzungsverhalten und der Motivation für die Nutzung. Wenn Kontakte im und in das Heimatland vorhanden sind und gepflegt werden, werden beispielsweise auch Social Networks in verschiedenen Sprachräumen genutzt, etwa russisch und deutsch. Dies ist besonders für Migrant/innen, die erst als Jugendliche oder im Erwachsenenalter nach Deutschland gezogen sind, von Bedeutung.

Auch Nachrichten, etc. können beispielsweise in der Muttersprache oder detailliert auf das Heimatland bezogen über Internet oder Social Networks bezogen werden.

Über das Internet findet auch die Vernetzung ethnischer Communities statt.

2. Was für ein Angebot an migrationsbezogenen Websites gibt es, bzw. macht diese Unterscheidung überhaupt Sinn? Wie sind diese Angebote differenziert (Sprache, Anbieter usw.)? Wie sieht das Angebot von Migrantinnen und Migranten für Migrantinnen und Migranten aus?

4. Wie weit verbreitet sind

- a) religiös-fundamentalistische Internetangebote,
- b) antimuslimische, rassistische Internetangebote?

Wie stark und von wem werden sie genutzt, und welche Effekte ergeben sich daraus?

5. Welche Bedeutung haben Blogs und andere Angebote des Web 2.0? Gibt es migrationspezifische Angebote? Welche Rolle spielen sie, z.B. als transnationale Kommunikationsmedien in Migrationsprozessen? Wie sind sie mit Blick auf politische Teilhabe und Information einzuschätzen? Gibt es hier migrationspezifische Potentiale?

Diese Fragen (Frage 2-5) können unsererseits derzeit zwar nicht detailliert beantwortet werden, aufgrund der agah zugegangenen Berichte und den Erfahrungswerten, die die agah sammeln konnte, werden migrationspezifische Seiten jedoch nicht so intensiv genutzt und ihr Aufruf erfolgt eher weniger. Grundsätzlich könnte die Nutzung einzelner Internetseiten nachgeprüft werden.

Hinsichtlich antimuslimischer, rassistischer Internetangebote wird seit Jahren von selbst-ernannten Deutschlandrettern und Islamkritikern rassistisches und faschistisches Gedankengut verbreitet und mit Halb- oder Unwahrheiten, Mutmaßungen, Gerüchten pseudowissenschaftlich antisemitische und ausländerfeindliche Ideologien aufgestellt. Viele bedienen sich als Blogger der Internetportale und verbreiten dort ihr Gedankengut, wobei sie sich auf die Meinungsfreiheit berufen. Dies geschieht zu Lasten von Minderheiten.

6. Inwieweit ist das Webangebot des Landes Hessen und der hessischen Kommunen an den Bedürfnissen von Internetnutzerinnen und Internetnutzern mit Migrationshintergrund ausgerichtet? Wie lässt sich das Potential partizipativer Kommunikation im Internet stärker nutzen, um Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund verstärkt anzusprechen?

Das Webangebot des Landes Hessen kann im allgemeinen als nicht ausreichend bezeichnet werden. Für versierte Nutzer/innen ist es zwar geeignet, insbesondere für Personen mit geringerem Bildungsniveau und Sprachschwierigkeiten dürften sich Hindernisse ergeben. Auch die Verlinkung erscheint aus Sicht der agah ungenügend.

Die Angebote der hessischen Kommunen für Internetnutzerinnen und Internetnutzer mit Migrationshintergrund sind höchst unterschiedlich. Generell können sie als besser, jedoch ebenfalls nicht als ausreichend betrachtet werden.

Wir würden uns freuen, wenn unsere Anregungen Berücksichtigung finden.

Mit freundlichen Grüßen

Corrado Di Benedetto
(Vorsitzender)

